

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei einer...
Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 111.
Verleger: Kurt Roden 2303 und 2304.

Interesse haben die achtgezahlte Kompartiments- oder deren Namen L 20 Mt., Monatshefte
des Verlags Nr. 429/234, jedes weitere Wert 25 Pf., Zeitungszuschlag 10 Proz.
Bei Familien- u. Vereinsabonnements ist der Zuschlag fort. Interests für den darauffol-
genden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.
Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10
Beratgeber: Kurt Roden 2303

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kurland wird geräumt.

Die Gefahr im Osten.

Berlin, 5. September.

Im Reichskabinett wurde erneut die Lage in Kurland erörtert. Das Ergebnis der Erörterungen ist folgendes: Es bleibt bei dem Beschlusse betreffend die kurlandische Räumung. Den Ost-Verträgen können andere Zusicherungen als den Soldaten in der Reichswehr nicht gemacht werden. Die von den Verbänden im Baltikum aufgestellten Forderungen sind zum Teil unerfüllbar. Von Offizieren wie Generälen ist unbedingter Gehorsam gegenüber den Beschlüssen der Reichsregierung zu fordern. Ein Verweigen in der Auslieferung würde den Abbruch der Verhandlungen, d. h. Sperrung der Pöhlung und der Verkehrswege, zur Folge haben sowie strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen.

Der Beschlusse der Regierung zeigt, daß sie sich endlich dem Druck der Lage bewußt geworden ist und daran arbeitet, den Verdruß der Wirren und Schwierigkeiten an der Ostfront zu beseitigen. Wesentlich findet sie hierbei die Hilfe der Festigkeit und löst sich nicht — wie bisher — von den auffälligen Militärs an der Nase herumzuführen. Wir werden ausgleich den Beschlusse der Regierung als einen ersten Schritt in der Fortsetzung des Kampfes verzeichnen, durch den die Eigenkampagne der militärischen und offiziellen Stellen trotz der Unterstützung einer kritiklosen Presse ausgemacht worden ist.

Die notwendigen schrittweise durchzuführenden Maßnahmen gegen die verbündeten deutschen und russischen Gegenrevolutionäre sind, wie folgt folgende: Dringende Maßnahmen des kurlandischen Nachrichtenbureaus in Rostock:

Der Chef der französischen Militärmächte in Riga teilt in einem Schreiben mit, daß er energische Schritte in der kurlandischen Kommission in Paris betreffend Befreiung des Ostbaltikums von der Bolschewiken- und Erfüllung der Forderungen der Antente getan habe.

Angesichts den Mitteilungen der Presse in Deutschland, teilte der Chef eines in einem Schreiben mit, daß die in Litauen zurückgelassenen Truppen Vermondt-Wirksamkeit nicht verantworten können und er für deren Tätigkeit nicht verantwortlich ist.

Überläufer aus Riga eingetragene Augenzeugen berichten, daß große Massen von deutschen Truppen in Janischil zusammengepackt werden und die Gegend stark besetzt sei. Es sei auch viel Material aufgestellt.

Wittke teilt in „Swobodnaja Rossija“ mit, daß deutsche Soldaten unter Führung von den deutschen Verbänden in Litauen in West-Litauen die Absicht haben, mit Gewalt sich Land anzueignen. Ferner hindern die Grenzschutztruppen den schützungslosen Warenverkehr; die gesamte Stärke der Truppen gegen die Bolschewiken betrage 1000 Mann. Die Absichten dieser Militärmassen würden vom kurlandischen und dem Oberbefehlshaber (Goltz) unterstützt.

Eine Enthüllung.

Endlich kommt die Wahrheit an den Tag. Die „Freiheit“ teilt „zuverlässig“ mit, daß sich die lettische Regierung bemüht, in Deutschland Auslieferung und Kriegsmaterial für ihre lettische Armee aufzukaufen. Zu diesem Zweck habe sich vor einiger Zeit eine lettische Einkaufskommission nach Berlin begeben, der rund 10 Millionen Reichsmark und 3 bis 4 Millionen russischen Barren- und Obergoldes zur Verfügung steht. Sie habe in Deutschland die besten Stellen wenig Gegenstände fanden, watten sich an russischen Herren an Privatunternehmern gewandt, die Kriegsmaterial aus Versteckbeständen zu erwerben beabsichtigten. Die „F. B. N.“ berichtet weiter: Man scheint seiner Sache schon sehr sicher zu sein, denn wie aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Kommission zur Auslieferung, den für den Zweck der angekauften Kriegsmaterialien den Schiffraum durch Verhandlung mit verschiedenen Herren zu schaffen. Außerdem sind Landtransporte mit der Eisenbahn geplant. Die Informationen der „Freiheit“ und anderer unabhängiger Quellen über Anlauf und Versand von deutschem

Kriegsmaterial über die ostpreussische Grenze dürfen somit zwar auf Wahrheit beruhen, sie sind jedoch nicht für die deutschen in Lettland befindlichen Truppen, sondern für die lettischen Genossen der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie bestimmt.

Nach diesen Mitteilungen will also die lettische Regierung und nicht etwa irgendeine lettische Partei den Ankauf von Kriegsmaterial in Deutschland unternehmen. Sie will also daselbst unternehmen, was auch andere Regierungen in Deutschland tun. Daß sie nichts dabei zu verheimlichen hat, geht schon daraus hervor, daß sie sich zuerst an die amtlichen Stellen gewandt hat. Schließlich muß das offiziöse Blatt aber zugestehen, daß die Schiffs- und Landtransporte erst geplant, also noch nicht ausgeführt sind. Wir haben dagegen festgestellt, daß zahlreiche Transporte bereits über die deutsche Grenze gegangen sind, oder sich dahin unterwegs befinden, die für die gegenrevolutionären Elemente bestimmt sind.

Was die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands mit diesen Dingen zu tun hat, können wir wirklich nicht begreifen. Vielleicht erfahren wir morgen schon, daß General v. d. Goltz gar kein Ultrareaktionär, sondern ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie ist, und daß alles, was sich in Lettland und Kurland in den letzten Monaten ereignet hat, von der Unabhängigen Sozialdemokratie angezettelt wurde. Es ist doch nichts zu dummes, als daß es nicht sein Publikum und seine journalistischen Lakaien jände.

Die Friedensdebatte in Frankreich.

Paris, 5. September.

Die Kammer sollte die Erörterung des Friedensvertrages fort. Sembat sagte, er sei der Ansicht, daß die vierzehn Punkte Wilsons das ganze Ideal Frankreichs enthielten. Es sei genügend, das Ganze einen Fortschritt zu machen, um den Polen einen Zugang zum Meere zu geben, ohne Versuchen entgegenzuwirken. Der Redner sagte, daß neben militärischen Garantien auch moralische Garantien notwendig seien. Frankreich müsse Deutschland daran hindern, auf die Alldeutschen zu hören. Er beglückwünschte unter dem Beifall der ganzen Kammer die Union der beiden großen Demokratien Frankreich und England. Er behauptete, daß der Vertrag keine allgemeine Abrüstung fordere, und fügte hinzu, daß sich alle Nationen — ob befreundete oder feindliche — vereinigen sollten, um die durch den Krieg entstandene Finanzkatastrophe wieder gut zu machen. Er forderte, daß ein Urteil über die Verantwortung am Kriege in Namen aller Völker gefällt werde. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Stiftungsverlängerung für Oesterreich.

Wien, 5. September.

Ein Funkpruch des Kerr-Bureaus aus Lyon vom 5. September meldet: Der Oberste Rat hat die Frist für die Annahme oder Ablehnung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages um zwei Tage bis zum 8. d. Mts. verlängert.

Konservative als Ministerkollegen der Rechtssozialisten.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Braunschweig, 5. September.

Die rechtssozialistische Mehrheit in der braunschweigischen Landesversammlung, die planmäßig die revolutionäre Arbeiterkammer bekämpft, vor einigen Tagen den Arbeiterrat aufgelöst hat, hat die U. S. V. im Plenum am Abend verhindert, hat heute dem Treiben die Krone aufgesetzt, indem sie einen Konventionen als Vollbeauftragten in das Ministerium aufnahm.

Es bleibt bei der Maßregelung.

Die Bundesleitung des Republikanischen Führerbundes macht den „F. B. N.“ folgende Mitteilung: Das Mitglied der Bundesleitung Major Lange, das vor kurzem durch die brandenburgische Reichswehrbrigade wegen seiner Mitgliedschaft zum Republikanischen Führerbund gemahregelt wurde, ist von der medienburgischen Regierung zum Leiter der gesamten Sicherheitspolizei des Freistaates berufen worden. Damit verzichtet also auch der Republikanische Führerbund auf den aussichtslosen Kampf gegen diese Maßregelung.

Militaristischer „Sozialismus“ im Baltikum.

Aus Rönigsberg wird uns geschrieben:

Die Dinge im Baltikum sind den Weg gegangen, den sie geben mußten. Die Vorgänge in Mitau haben die Situation blühartig erhellt, in die die gegenrevolutionären Soldatenbetrüger sich selbst und die deutsche Regierung gebracht haben. Deutsche Soldaten, zum Schutze der baltischen Barone — unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den „Bolschewismus“ ins Ausland verschleppt — meutern, plündern, und Herr v. d. Goltz erläßt einen Tagesbefehl, in dem er von deutschen Soldaten als von „Lumpen“ spricht, von „Besindeln“, für das die Kugel fast zu schade sei.

Man lockte jene Soldaten nach dem Baltikum unter dem Versprechen, ihnen Land zu geben, nachdem die Prestidivoren der gegenrevolutionären Offiziere die rechtmäßige lettische Regierung ersetzt hatten. Man versprach den Soldaten, sie anzusiedeln und hatte, um den Betrogenen die Sache möglichst schmackhaft zu machen, bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen, wie sich klar aus folgendem Dokument ergibt, das wir wörtlich zum Abdruck bringen.

Prinzipielles festgelegtes Material zum Aufbau der Soldaten-Siedlungsgenossenschaft Kurland.

1. Die Grundlage bildet die Dorfgemeinschaft; sämtliche Dorfgemeinschaften sind in der „Soldaten-Siedlungsgenossenschaft Kurland“ zusammengeschlossen.
2. Die Vertretung der Soldaten-Siedlungsgenossenschaft bildet die Vertrauensmännerversammlung (Delegiertenversammlung), zu der jede Dorfgemeinschaft einen Vertrauensmann entsendet.
3. Die Vertrauensmännerversammlung wählt einen Arbeitsausschuß, dessen Mitgliederzahl von ihm nach Bedarf bestimmt wird (12).
4. Der Arbeitsausschuß stellt die Beamten an, führt die Geschäfte und ist der Vertrauensmännerversammlung verantwortlich.
5. Die Dorfgemeinschaften zahlen als Geschäftsanteil an die Soldaten-Siedlungsgenossenschaft (Gesamtgenossenschaft) pro Mitglied 1000 Mark. (Die einzelnen Mitglieder der Dorfgemeinschaft zahlen gleich 200 Mark und den Rest ratenweise.) Das Geld bleibt unverzinst und dient zugleich als Anzahlung auf das Land.
6. Außerordentliche Mitglieder der Genossenschaft können auch Privatpersonen und juristische Personen mit einem Anteil von mindestens 1000 Mark werden. 100 solche Mitglieder haben das Recht, einen Vertrauensmann in die Vertrauensmännerversammlung zu entsenden.

Aufgaben der Soldaten-Siedlungsgenossenschaft.

- a) Förderung der Soldatensiedlung mit allen Mitteln.
- b) Vertretung der Siedler nach außen (vor den militärischen Behörden, Reichsregierung, Landesregierung, Landgebern, a. Genossenschaft, usw.).
- c) Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Interessen der Siedler auf dem Gebiet der Produktion und des Konsums.
- d) Befestigung der Grundbesitzer der Einzelgüter für die Dorfgemeinschaft. (Größe der Einzelgrundstücke 80 Morgen, Vorlaufrecht, Verhinderung des Zusammenlaufs mehrerer Grundstücke in eine Hand usw.)
- e) Entscheidung bei Streitigkeiten einzelner Dorfgemeinschaften untereinander. Überwachung der Durchführung der beschlossenen Grundprinzipien.

Durchberatungen, beizufassen und genehmigt wurden diese „Maßnahmen“ auf der Delegiertenversammlung am 27. Juli 1919 in Mitau unter dem Vorsitz des Barons v. Mantzeffel.

Kurz hier also ein „Baron“ an der Spitze. Man sieht, die Wähler hatten die Sache recht nett eingeschätzt, um die Soldaten zu fördern. Man ersieht aber aus diesen Richtlinien auch noch etwas anderes: daß nämlich der Agrarsozialismus, in dessen Spuren die Akteure sich schamlos bewegen — oder doch zu bewegen vorgeben —, bei den Soldaten durchaus nicht auf ungünstigen Boden gefallen ist. Nur durften natürlich nicht etwa Sozialisten diese Pläne entwickeln — dann wären sie zweifellos „bockwittig“ gewesen, und* bolschewisch* darf das,

was die Reichslisten wollen, nicht in Deutschland ge-
sehen, sonst wäre das „Vaterlandverrat“.

Wie uns versichert wird, wollten die baltischen Barone
zwei Drittel „ihres“ Landes für diese Siedlungs-
zwecke hergeben und die Siedlung sollte vorläufig einmal
auf etwa sechs Jahre erfolgen. In dieser Zeit sollte man
wohl eine genügend eingewurzelte, zuverlässige Bauern-
Schutzgarde für den baltischen Adel herangezogen zu haben,
die man dann fest genug in der Hand habe.

Wie „selbstlos“ die Barone bei der Landvergebung an
ihre Schützlinge vorzugehen gedachten, erblickt daraus, daß
man sich 200 Mark anzuholen und 800 Mark als „Rest“ auf
die Bezahlung des Landes stehen lassen wollte. Also nicht
etwa umsonst sollten die Soldaten das Land bekommen,
sondern die Genossenschaften wären vermutlich recht lange
in der Schuldneuschuld der „Landgeber“ (§ 7 Abs. b) ge-
blieben. — Daß zur Bewirtschaftung des Landes
Gebäude, Vieh, Werkzeuge und noch manches andere ge-
hört, was viel Geld kostet, nur nebenbei.

Da die Dorfgemeinschaften pro Mitglied — es
sind ihrer viele Tausende — 1000 Mark zahlen müssen, so
darf man wohl die Frage aufwerfen, wo diese Riesensummen,
die die meist armen Soldaten doch nicht aufbringen können,
herkommen? Von den menschenfreundlichen baltischen Baro-
nen gewiß nicht, aber Leute, die gut unterrichtet sind, ver-
sichern uns, daß von Königsberg aus viele Mil-
lionen Ostgeld nach dem Baltikum befördert
wurden.

Wer bringt diese Gelder auf, wer zahlt sie? Die deut-
sche Regierung muß um diese Dinge wissen und wir
fordern, daß sie der Öffentlichkeit reinen Wein einschenken,
denn die deutschen Steuerzahler sind nicht dazu da,
sich zugunsten der baltischen Barone und ihrer Eifersüchtler
schöpfen zu lassen. Woheraus mit der Wahrheit!

Und nun noch eine Frage. Soldaten, die den Balti-
kum-Schwindel endlich durchschaut haben, stellen sie: War-
um denken die Macher des baltischen Abenteuer nicht an
die Besiedlung Ostpreußens. Warum werden die
Latifundien der ostpreussischen Großgrundbesitzer nicht den
Soldaten oder Kleinbauern überantwortet, damit endlich
von der so vielgerühmten „Sozialisierung“ etwas zu merken
ist, damit endlich die weiten Strecken, die hier verpöbelten
müssen, der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden können?

Vielleicht geben die Noske-Berlauer den geprellten
Soldaten Antwort.

Soweit unser Korrespondent, dessen Angaben die
Untergründe des baltischen Abenteuers sichtbar befeuch-
ten. Auf einen Punkt ist aber in diesem Zusammenhang
noch hinzuweisen, und zwar auf die ungeheure Ver-
schärfung der nationalen Kämpfe im Baltikum,
die durch die deutschen Siedlungspläne, die als Schutz-
maßnahme für die baltischen Barone gedacht sind, heraus-
gehoben werden. Das Land, das die baltischen Barone
den militärischen Siedlungsmoderatoren — gegen hohe
Entschädigung — zur Verfügung stellen wollen, wird den
landlosen lettischen Bauern entzogen, die zu
einem großen Teil gezwungen sind, bei den baltischen
Großgrundbesitzern, die mehr als die Hälfte des gesamten
Areal in Händen haben, Land zu pachten. Die deut-
schen Siedlungspläne bringen diese lettischen Bauern um ihre
Existenz und vernichten zugleich die Zukunft des zahlreich
lettischen Landproletariats, das die Sozialisierung der Land-
wirtschaft fordert. Es sind also unabweisbar wichtige Interessen
des lettischen Volkes, die die Regierung Litauens zu ihrer
Ablehnung der erpresserischen Forderungen der deutschen
Militärs und Junker veranlaßt. Diese leben darin einer-
seits eine Schutzmaßnahme für die ostpreussischen Junker, ander-
erseits eine Gelegenheit, den baltischen Großgrundbesitz zu
stählen und „nationale Kolonialpolitik“ zu treiben. In
keinem Ergebnisse führt aber dieser von deutscher Seite
herausgeschickte Kampf um den Grund und Boden Litauens
zur Entzündung des nationalen Pulverbusses an der
deutschen Ostgrenze. Ist das der Zweck jener Regierung-
stellen, die mit den verwerflichsten Mitteln jene Abenteuer-
politik fördern?

Antiparlamentarischer Wirrwarr.

Die kommunistische Presse beschäftigt sich andauernd mit
dem Beschluß der Berliner Arbeiterparlamentarier von
U. S. V. und A. V. D. vom 25. August, wonach die Partei-
genossen in den Parlamenten angeblich aufgefordert wurden,
aus den Parlamenten auszutreten. Der Antiparlamentarier,
Graf von Helldorf, hat zwar in Nr. 412 der „Freiheit“ durch
Wiedergabe des genauen Wortlautes des Beschlusses festge-
stellt, daß von einer Aufforderung zum Austritt aus den
Parlamenten keine Rede sein könne, vielmehr wurden die
in Frage kommenden Genossen lediglich aufgefordert, ihre
Kräfte in den Dienst der allgemeinen Volksaufklärung zu
stellen. Trotz dieser authentischen Feststellung wird der Vor-
gang von kommunistischer Seite benutzt, um für den Anti-
parlamentarismus der U. S. V. D. Propaganda zu
machen, wobei alle Kritiker dieses Standpunktes in der be-
kannten geschmackvollen Manier der Kommunisten als Don-
zen, Krieger, Spießgesellen der Rechtssozialisten usw. bezeich-
net werden.

Das einzig Trübsliche bei diesem Feldzug der Kom-
munisten gegen unsere Partei ist, daß sie in nicht minder
bestiger Weise über diejenigen ihrer eigenen Genossen her-
ziehen, die die unsinnige Taktik des Antiparlamentarismus
nicht mitmachen wollen. Als vor kurzem eine Reichskonfe-
renz der kommunistischen Partei abgehalten wurde, schrieb
die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Gomburg über
die Zentrale der U. S. V. D., diese Körperschaft habe es fertig
gebracht, auf die Tagesordnung dieser Reichskonferenz die
Frage zu setzen, ob es nicht zeitgemäß wäre, den
Kampf innerhalb der restaurierten Parla-
mente wieder aufzunehmen.

Am Schluß der Unabhängigen Sozialdemo-
kratischen Partei, aus der die meisten ihrer Mitglieder
herausgegangen sind, mag der Gedanke entstanden sein, durch die
Widernahme parlamentarischer Tätigkeit durch die Kom-
munisten die Voraussetzung für eine Einigung
beider Parteien zu schaffen, und den Kampf für die
proletarische Diktatur zu verwandeln in einen Kampf
für die Diktatur einer unabhängigen, kommu-
nistischen Parteielite, geführt auf einer kombinierten,
unabhängigen organisierten Partei.

Das Blatt riefte heftige Anarisse gegen die Art der
Einberufung der Reichskonferenz durch die Zentrale, die
offensichtlich dem Plane dienen sollte, „vornehmlich in der
Frage des Parlamentarismus eine Entscheidung herbeizufüh-
ren, die die Spaltung bedeutend hätte, wenn die Zentrale
ihre Auffassung durchsetzte“. Die Mehrheit der Reichs-
konferenz widersetzte sich diesem Plane, und es wurde be-
schlossen, binnen 8 Wochen eine neue Reichskonferenz zur
Beschlussfassung einzuberufen. Das Hamburger Blatt rief
die Parteigenossen zur Wachsamkeit auf, da die Zentrale
ihren Versuch, „die Mitgliedschaft durch ausgewählte Einzel-
personen majorisieren zu lassen“, auch auf der nächsten
Reichskonferenz wiederholen werde. Es sei deshalb Pflicht
der Parteigenossen, die ihnen zur Vorbereitung bleibenden
acht Wochen dazu zu verwenden, Aufklärung über „Wesen
und Absichten der sich um die Zentrale gruppierenden
Bureaukratie“ bis in den letzten Ort ihres Bezirks hinein
zu verbreiten. Das Blatt schreibt weiter:

„Damit Clara Zetkin auch fernerhin in der schwäbischen
Nationalversammlung die kommunistische Partei
Deutschlands kompromittieren kann, lohnt es sich
anscheinend für ihre Kollegen in der Zentrale, eine Politik zu
betreiben, die in ihren Konsequenzen mit Notwendigkeit zur Zer-
trümmerung der Partei führen müßte.“

Die wiedererhebenden Äußerungen eines der führenden
Blätter der U. S. V. D. lassen auf einen recht interessanten
Gärungsprozess innerhalb der kommunistischen Partei schlie-
ßen. Die leitenden Genossen juchen den Antiparlamentarismus
in der U. S. V. D., den schon Rosa Luxemburg und
Karl Liebknecht auf dem Dezemberkongress in Berlin
— vergeblich — bekämpften, einzudämmen und die Mitglieds-
chaften zur Besinnung zu rufen. Sie dringen aber nicht
durch und müssen es sich gefallen lassen, als Schädlinge
der Partei, die die Zertrümmerung der Partei anstre-
ben, bezeichnet zu werden. Clara Zetkin, die die kom-
munistische Partei in der schwäbischen Nationalversammlung
„kompromittiert“ — gibt es eine treffendere Charakteristik
der Zerlegung in der kommunistischen Partei? Und ist es
dann ein Wunder, wenn von dieser Seite versucht wird, die
Zerlegung auch in die Reihen der U. S. V. D. zu tragen und
unserer Partei zum Vorspann ihrer konjunktiven Ideen zu
machen?

Der wiedererstandene Leutnant.

Die alldeutsche Propaganda in der Reichswehr.

In unserer Abendausgabe vom 4. September haben
wir davon Kenntnis gegeben, in welcher Weise von An-
gehörigen der Reichswehr für die Verbreitung der alldeut-
schen Zeitschrift „Phosphor“ gewirkt wird. Dazu erhielten
wir gestern folgendes Schreiben:

Reichswehrgruppenkommando I Berlin, 5. Sept. 1919.
I. R. Nr. 60788A.1.

An die Redaktion der „Freiheit“ mit dem Ersuchen um Ver-
öffentlichung auf Grund des § 11 des Pressegesetzes.
In dem Artikel „Phosphor“ in der Abendausgabe der „Frei-
heit“ vom 4. 9. 1919 teilt das Reichswehrgruppenkommando I mit:
Es ist richtig, daß der „Phosphor“ zunächst durch die dem
Reichswehrgruppenkommando I nachstehende Soldateneinigung
„Offene Worte“ empfohlen und seine Verbreitung unterstützt
wurde, da zunächst angenommen werden mußte, daß diese Zei-
tschrift nur eine vaterländische Propaganda betreiben würde. Als
sich jedoch herausstellte, daß der „Phosphor“ einseitig poli-
tische Propaganda betreibt, hat das Reichswehrgruppenkom-
mando I durch folgenden Gruppenbefehl vom
3. 9. 1919 den Truppen des Reichswehrgruppenkommandos seine
Auffassung mitgeteilt: „Der Verlag der Zeitschrift
„Phosphor“ hat sich vor einiger Zeit an das Kommando mit der
Bitte gewandt, die Verbreitung des Blattes innerhalb der Reichs-
wehr zu empfehlen. Da das Blatt nicht Erwerbsunternehmen ist,
die vaterländische Sache und Wehrfähigkeit betrifft und für
Ordnung und Recht gegen Umsturz und Sozial-
wismus kämpft, konnte dem Ersuchen stattgegeben werden.
In einigen neuen Nummern hat das Blatt jedoch die Antiparlamen-
tarier des Reichswehrgruppenkommandos in einer Weise in den
Reihen politisch-schwarzer Kritik“ gezogen, die, um politischen
Zwecken willen, der Reichswehr ungenutzbar, eine öffentliche
Empfehlung des Blattes nicht mehr rechtfertigt.“

Quasimann von Gleichen ist bereits seit einiger Zeit aus
dem Stabe des Reichswehrgruppenkommandos ausgeschieden. Ein
Verbot des „Phosphor“ durch das Oberkommando Noske konnte
nicht in Frage kommen, da es sich weder um Ausgrenzung einer
Reichswehrgruppe, noch der „Phosphor“ als erlaubten
Grenzen parteipolitischer Kritik“ abwärts, wie es die „Freiheit“ festhält.

e. v. i. v.
Stabs, Oberleutnant.

Trotzdem wir zur Veröffentlichung dieses Schreibens
nicht verpflichtet sind, da es sich nicht um eine Verächtlich-
machung im Sinne des § 11 des Pressegesetzes handelt, bringen wir
es doch vollständig zur Kenntnis unserer Leser, und zwar
aus folgenden Gründen: Erstens erfahren wir bei dieser
Gelegenheit, daß das Pressegesetz doch noch in Geltung
ist; man frast sich allerdings, wie die Verbote und Ver-
bottendrohungen gegen Verlegergebnisse mit dem Pres-
segesetz in Übereinstimmung zu bringen ist, auf das sich
jetzt das Reichswehrgruppenkommando I beruft. Zweitens
erkenn man daraus, wie gut die Verbreitung des
Reichswehrgruppenkommandos I, in dessen Auftrag der Herr
Oberleutnant an uns schreibt, das Pressegesetz kennt
und daß sie deshalb berufen ist, die schwerkriegsgegen-
digen politischen Entscheidungen in Fragestellungen zu
treffen. Drittens bestätigt das Schreiben alles, was wir
angeführt haben. Die Empfehlung und Verbreitung der
alldeutschen Zeitschrift „Phosphor“ ist vom Reichswehr-
gruppenkommando I gebilligt worden. Auch der Gruppen-
befehl verbietet nicht die offizielle Verbreitung des
Blattes, sondern es wird darin nur gesagt, daß sich „eine
dienstliche Empfehlung des Blattes nicht mehr rechtfertigt“.

Wirkens aber, und das ist das politische Wichtigste an
dem Schreiben, unterbreiten wir es wegen seines Schusses
der Öffentlichkeit. Der Herr Oberleutnant erlaubt sich,
uns vorzubehalten, daß wir anders als der „Phosphor“, die
erlaubten Grenzen parteipolitischer Kritik“ überschreiten. Er deutet an, daß ein Verbot der „Frei-
heit“ dann erfolgen kann, wenn sie diese „Grenzen“ über-
schreitet. Der Herr Leutnant dekretiert demnach, daß wir
uns nur „parteipolitisch“ zu betätigen hätten, was wohl so
aufzufassen ist, daß wir etwa die Angelegenheiten in der
eigenen Partei erörtern könnten, wie die Einklassierung von
Beiträgen, die Registrierung von Mitgliedern, die Veran-
staltung von Vergünstigungen und ähnlicher ähnlicher Dinge,
wogu vielleicht noch die Mittelungen über Wehrverhältnisse

Verhältnisse und Wehrverhältnisse kommen können. Mit den
anderen Parteien dürfen wir uns nicht beschäftigen, die
allgemeine Politik soll uns verschlossen bleiben, mit der
dreimal getheilten Reichswehr haben wir schon gar nicht
mehr zu schaffen.

So dekretiert der Herr Leutnant. Der Herr von Ober-
burg auf Janusdau wird seine helle Freude über diesen
Stand der revolutionären Entwicklung haben. In seiner
Zeit träumte er von dem Leutnant und zehn Mann, die den
Reichstag auseinanderjagen sollten, wenn er dem Willen
der Junker nicht pariere. Unter Noske bedarf es dieses
Aufgebotes nicht mehr. Ein Leutnant allein kann ge-
ordnet, wie das politische Leben in Deutschland verlaufen
soll. Ein Leutnant kann einer der größten sozialistischen
Lageszeitung der Welt Vorschriften darüber machen, was in
ihre Spalten hinein darf.

Der preussische Leutnant, der alles und noch viel mehr
kann, ist zu neuer, zu größerer Herrlichkeit wiedererstandener.

Wir wollen abwarten, welche Wirkung der Gruppen-
befehl auslösen wird. Für heute sei mitgeteilt, daß
die Propaganda für den „Phosphor“ betrieben wurde. In
einen Angehörigen der Division Lettow-Vorbeck in Gumburg
wurde, wie uns von dort mitgeteilt wird, von dem Leutnant
Gans Wienand, Herausgeber der offiziellen Militärs-
zeitschrift „Offene Worte“, vor etwa vierzehn Tagen ein
Schreiben gerichtet, worin es heißt:

„Nun kommt es darauf an, den „Phosphor“ innerhalb der
national gesinnten Kreise — zunächst aber nur innerhalb des
Kreis — einzuführen, denn in Koedensland ist er bisher
nicht verbreitet worden. Sämtlichen Stäben der
Div. Lettow gehen fortan einige Exemplare zu.
Aber damit ist es nicht getan. Es kommt darauf an, die
Offizierskorps dazu zu bringen, den „Phosphor“ in nation-
al gesinnte Kreise aktiv weiter zu empfehlen. Ich bitte Sie
in diesem Sinne im Stabe Lettow bahnbrechend zu wirken.
Der Division stehen, falls ein vernünftiges Verteilungsplan
und ein richtiger Verteilungsplan ausgearbeitet wird, bis zu
300 Exemplare fortlaufend kostenfrei zur Ver-
fügung. (Insgesamt es Stäbe, die, wie gesagt, bereits mit-
teilt sind.) Ferner kommt es mir auf die Mitteilung von
Adressen von Persönlichkeiten an, die ihrem Temperament
und ihrer politischen Gesinnung nach geeignet erscheinen, für
den „Phosphor“ zu wirken. Solchen Persönlichkeiten würde ich
bis auf weiteres ein Präsubskriptionsgeld gewährt werden.
Aussetzung ist nur, daß kein Exemplar in Hände gelangt,
das nicht vorher auf persönlichem Wege sorgfältig geprüft
worden ist. Der Stab Lettow ist über die Verteilung des
Präsubskriptionsgeldes für Bekannte anzufragen, müssen es also
nehmen, bei dem Oberkommando vorher mündlich oder schriftlich
„Phosphor“ zu wirken.“

Ich bitte Sie also nun 1. Innerhalb des Stabes Lettow-
Division einen Kreis, oder gegebenenfalls eine vertrauliche
Mittelung an die Stäbe und das Offizierskorps
zu erwirken, das auf „Phosphor“ hinweist und ein Verbot
für die Weiterverbreitung des Blattes bedingt. 2. Im Falle
mit 1. oder 2. der Division einen vertraulichen Verteilungs-
plan für 300 Exemplare „Phosphor“ innerhalb des Stabes
bereits ausgearbeitet und mir zuzuleiten. 3. Innerhalb
des Stabes alle Offiziere für „Phosphor“ wecken zu
machen und von ihnen Adressen von Persönlichkeiten
national gesinnter Persönlichkeiten zu erwirken. Besondere
Beachtung ist den betreffenden Herren bei diesen Persönlichkeiten
„Phosphor“ zu wirken. Den mir ausgearbeiteten Verteilungs-
plan wird dann das Blatt direkt vom Verlag aus zu den
ausgegeben. 4. Dasselbe Verfahren innerhalb des Stabes
kommunikation, also auch außerhalb Gumburg, anzuwenden
und mir die entsprechenden Adressen auszugeben.“

Dieses Schreiben wurde, wie alle anderen der gleichen
Art, in einem Umschlag des Reichswehrgruppenkommandos
Abteilung Litwak, Presseabteilung, verschickt. Vor
war als Heeresangelegenheit; das bedeutet, daß kein
für diese Briefe bezahlt worden ist, daß die allgemeine
heit die Kosten für diese alldeutsche Propaganda
getragen hat.

Wit den „Offenen Worten“, die als offizielle Zeitschrift
der Reichswehr im Hause der alldeutschen Zeitung
erscheinen, hat es folgende Bewandnis:

Gegründet unter dem Titel „Der Frontsoldat“
sind die letzten „Offenen Worte“ während
Januarmonaten im Druck im Deutschen Provinzial-
verlag“, einem mit alldeutschem Gelde betriebenen
von einem Direktor Herber, Vorstandsmittel des
deutschen Besondere, getheilten Unternehmens, das für
keine Presse die Matron- und Matron-Korrespondenz
„Seltensmann“ herabgeliefert. Aus Furcht über
„Spartakus“ wurde der Direktor nicht, keine Firma
„Frontsoldat“ anzuwenden, sondern
Hektor und Redakteur Verheer umfassen als „Ausdrucks-
Verlag“ firmieren. Nach den Nachrichten kam dann
„Deutsche Provinzialverlag“ wieder mit keiner offenen
herber, auch entfaltet sich der von uns schon
Hauptmann von Gleichen im Provinzialverlag
eine ungeliebte Tätigkeit. Inzwischen wurde nach
hin der Verlag der „Offenen Worte“ geschlossen, bis er
im Hause der alldeutschen „Deutschen Zeitung“
ist. Der frühere Redakteur der „Offenen Worte“
Dr. Georg Schibmann, war und ist noch heute
Redakteur im „Deutschen Provinzialverlag“.

Die Krise in der Berliner Sicherheitspolizei.

Von gut unterrichteter Seite erhalten wir zu den von uns
während der letzten Tage in der Berliner Sicherheitspolizei
polizei nach folgende Einzelheiten:

Sie ist sehr beschränkt, wurde nicht nur der Oberkom-
mandos der Gruppe II, Wachmeister Reichswehr-
sondern sämtliche Offiziere der verschiedenen
Gruppenvertrauensräte, wie Wachmeister Reichswehr-
Oberkommandos Wegener und Wachmeister Reichswehr-
entlassen. Die Berliner Sicherheitspolizei soll nur
die Wahrung dieser Vertrauensverhältnisse an gesunden
sich für die reaktionären Offiziere werden. Daher sollte
erste Gefahr, daß die Truppe langsam aber sicher
wird, die die Linie der jetzigen Regierung durchdringt.
bester Beweis ist der Kon, der in der Truppe zur Zeit
der alle Saboteurgeschorn und wiffentlich
Gesamtdienst. Es ist davor zu warnen, daß
angekündigt und heruntergelassen werden. Es ist
daß während der neuregimentären Offiziere erst
die Truppe hineingetragen haben, dann erst
Bühnung von Major Fein, hatten die Untergebenen
der Zusammengehörigkeit. Oberst von Spänhoff war
ber als erster reaktionär denkender Offizier die alten
heiten wieder eingeführt hat. Der sogenannte Hauptmann
hat im Provinzialverlag selbst sich auch heute schon wieder

Belmbehalte, welche geeignet sind, die durch die Reso- lution erlöschten Rechte der Mannschaften (Unteroffiziere) zu schmälern und sie nach voll- kommenen zu befristigen. Bangsam, aber sicher haben sich die Mannschaften die am 2. Nov. verlorenen Rechte durch die Anwaltschaften zurück. Es kann nicht energisch genug verlangt werden, daß die noch in der Aufstellung befindliche Truppe diesem für die Zukunft ernst wirkenden Einfluß durch ein Mandat entgegen wird. Nicht einmal, sondern des Offiziers als offizielle Vertreter der Regierung vor den Mannschaften der Offiziere der Sicherheitspolizei gewarnt werden, aber bis heute ist noch alles beim alten. Es herrscht Vetterwirtschaft im schlimmsten Maße, welche geeignet ist, die gesamte Truppe nach den Ideen der Offiziere zu modeln. Man ist sogar, um Offiziersstellen frei zu bekommen, so weit gegangen, demot.atisch gestimmte Offiziere aus irgendeinem nichtigen Grunde, der sich ja immer findet, aus dem Dienst zu entlassen, ohne Rücksicht auf ihre Tüchtigkeit. Eine weitere so oft in der Presse geschriebene wird, die so- genannte Berliner Sicherheitspolizei als sicherheitsverbürgendes Organ ihrer Tätigkeit entlassen soll, dann darf sie nicht zum Organ für reaktionäre Offiziere gemacht werden. Seit Monaten sind diese Verhältnisse Nachschub der Unteroffiziere, die befürchten müssen, bei einem freien Wort, das jedem Bürger zusteht, ohne weiteres die Gefängnis zu verlassen. Der beste Beweis dafür ist die Entlassung der Vertrauensleute und es ist die höchste Zeit, daß die Regierung bald ein energisches Nachwort spricht.

Der Belagerungsstand in der Schublade.

Unter dieser Spitzmarke bringt unser Bremer Partei- Blatt ergiebige Geschichten über die Rückwärtsbewegung des Belagerungsstandes in Bremen. Das Dokument, das die Aufhebung des Belagerungsstandes des defizienten, ist verloren gegangen. Wenigstens lassen sich die Bremer Rechtssozialisten in ihrer Abnungslässigkeit dies berichten. Das Bremer rechtssozialistische „Volkblatt“ schreibt darüber bescheiden, aber doch mit Schicht verhällter Mut:

„Schon vor über acht Tagen konnten wir auf Grund eines Berliner Telegramms, das von Rodde ausstrahlte war, berichten, daß die Reichsregierung den Belagerungsstand beenden wollte. In einer Verhandlung mit dem Reichswehrminister wurde unsern Delegierten erklärt, daß dem Beschluß der Bremer Regierung sofort Rechnung getragen werden soll und die betreffenden Anordnungen wurden demnach be- stätigt. Es ist jedoch, daß dem Reichswehrminister aus der Anting- „wagende“ Stelle zu sein, bei der Bremen Vorbe- reitungen zu treffen nicht nur unserer Fronten, sondern auch der bremischen Regierung die heute noch keine befriedigende Be- deutung geklärt hat. Für das Belagerungs- und Justizbehörden dieser Behandlung hat man dort „eben“ anscheinend wenig Ver- ständnis. Es ist der reine Schab, daß sich jetzt herausstellt, daß der Antrag des Reichswehrministeriums irgendwo in einer Schublade im Reichsamt des Innern schlummert und kein Mensch mehr mal!“

Die armen Rechtssozialisten! Sie sind sehr zu bedauern, daß sie bei der Regierung ihrer Parteigenossen so wenig Ver- ständnis finden. Aber im Ernst: Ist es möglich, daß der Befehl zur Aufhebung des Belagerungs- standes nicht ausgeführt wird, weil das Dokument „verloren“ gegangen ist. Gibt es keine Tele- graphie? Verfügt Herr Reichswehrminister Rodde über seine allmächtigen Stellvertreter nicht über genügende Macht- mittel, einen Befehl zur Durchführung zu bringen, wenn auch das grundlegende Dokument verloren gegangen ist? Oder ist man stillschweigend damit einverstanden, daß der Belagerungsstand aus diesen formalen Gründen immer länger weiter besteht?

Sitzung des Berliner Volksrates.

Der Volksrat ist uns mit der Beschlusse der Volksrat beschließt sich in seiner letzten Sitzung am 20. April d. J. einzusetzen. Es wurde eine Kommission für Angelegenheiten der Sammlung einbestellt. Die Inhaber der noch aus- stehenden Dikta werden ersucht, dieselben sowie die gesammelten Briefe sofort im Bureau des Volksrates abzugeben. Die ein- gegangenen Beiträge sind zum Teile zu Unterstufungen verwandt worden. Eine Anzahl Unterstufungsbezieher ist noch vorhan- den, deren Anträge durch die bestehende Kommission geprüft werden. Ueber die Verwendung des Geldes, die nicht für Unterstufungsbezieher gebraucht werden, soll die nächste Volks- versammlung Beschluß fassen.

Des weitern nahm der Volksrat Stellung zur Kohlen- frage. Nach einer Besprechung der politischen Lage, die bei der Kohlenpolitik der Regierung und des Unternehmertums in Betrachtung treten, sowie nach Erörterung der Möglichkeiten, die Kohlennot zu beheben, wurde beschlossen, Schritte zu unter- nehmen, um einer Volksversammlung das gesamte Material zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Der kommunale Ausschuss des Volksrates hatte sich mit der Frage der Provisionsfrage beschäftigt und unter- suchte das Ergebnis seiner Verhandlung der Beschaffung des Volksrates. Es kam dabei zur Sprache, daß die Re- gierung der Stadt Berlin in unzureichender Weise gelagert und behandelt worden sind, so daß große Mengen Wehl ver- loren sind und für den menschlichen Genuß unbrauchbar wurden. Des weitern wurde die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Regierung den Landwirten gegenüber scharf kritisiert. Es wurde festgestellt, daß selbst die Durchschnittspreise von 100 Mark pro Zentner die Landwirte nicht veranlaßt, das erforderliche Brot- getreide zu liefern. Demgegenüber wurde beschlossen, die Bil- lung von Draufschüssen zu verlangen, die mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet und im Zusammenarbeiten mit den kommunalen Arbeiterräten den Ausbruch in den Preisen vorzu- nehmen haben, in denen die Landwirte die Getreideversorgung sicher- stellen. Die Draufschüsse sollen von den ständigen Landwirten abgefordert werden. Dabei wurde auch Wert darauf gelegt, daß die zu solchen Arbeiten verwendeten Arbeiter eine menschen- würdige Unterbringung und Ernährung auf dem Lande erhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes forderte in einem Schreiben den Volksrat auf, an- gefordert der Beurlaubung der Arbeiter durch die hohen Steuer- Einkünfte gemeinsame Schritte zu unter- nehmen, um der Arbeiter durch die Fällung der mit den heuligen Lohnverhältnissen nicht mehr im Einklang stehenden Steuer- beträge zu erleichtern. Der Volksrat beschloß eine ent- sprechende Forderung an die Regierung zu formulieren, und sie der nächsten Volksversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Da der „Vorwärts“ zur Irreführung der Arbeiter durch den letzten Pressebericht des Volksrates die böswillige Deutung ge-

geben hat, die kommunistischen Vertreter seien aus dem Volks- rat ausgeschlossen, wird ausdrücklich festgestellt, daß die kommunistische Partei nach wie vor in der gleichen Stärke im Volksrat vertreten bleibt und daß nur ein Wechsel der Personen eingetreten ist.

5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in Groß- britannien.

Seitdem ist der Bericht des parlamentarischen Komitees des Trade Union Congress erschienen, der über das Wachstum der gewerkschaftlichen Bewegung in Großbritannien unterrichtet. Bis nach waren dem Kongress vor dem Kriege 2 900 000 Mitglieder an- geschlossen. Im letzten Jahre erhöhte sich die Zahl auf 4 800 000. In diesem Jahre ist die Zahl der Mitglieder auf 4 800 000 an- gewachsen.

Neben dem Wachstum der britischen Gewerkschaftsbewegung ist an diesen Zahlen besonders bemerkenswert, daß die Aufwärts-

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Sturmzeichen der Gegenrevolution mehrten sich.

Das gesamte Bürgertum einschließlich der Rechtssozialisten steht geschlossen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. In D Krenvollziehens Dingen, die auch dem Gleich- gültigsten die Augen öffnen müssen. Unverkümmert verdrängen sich dort die deutschen Landstrecken mit den zaristischen Generolen zur Bekämpfung des „Volkswi- mus“. Im Lande selbst erheben die Reaktionäre immer frecher ihre Haupt. Immer unverhüllter setzen sie sich für die Wiedereinführung der Monarchie, die Wollkennung der Republik ein. In einer beispiellos brutalen Heft gegen die Juden suchen sie ihre eigene Schuld zu verdonnern, um das Volk in sinnlose Pogrome hineinzuführen.

Wollt Ihr das? Nie und nimmer!

Drum auf zum Kampf gegen die Reaktion, auf zum Kampf für die Durchsetzung unserer sozialistischen Ideen! Was kann jeder einzelne in diesem Kampfe tun?

Die Presse ist eure Hauptwaffe, euer stärkstes geistiges Kampfmittel. Ihr habt den riesenhafte Aufschwung eurer Zeitung, der „Freiheit“, erlebt. Sie ist heute eine der bedeutendsten und weitverbreitetsten politischen Zeitungen.

Es auszubauen, sie zu vergrößern, damit sie noch wir- kungsvoller und wichtiger den Kampf gegen die an- stürmende Reaktion führen kann, das ist eure Pflicht.

Wir brauchen ein eigenes Unternehmern, eine eigene Druckerei! Deshalb

Werdet Mitglieder der Verlags- genossenschaft „Freiheit“!

Jedes Mitglied der U. S. P. kann die Mitgliedschaft erwerben. Jeder Anteil lautet auf 20 Mark. Durch die rote-weiße Zahlung in Beträgen von je 5 Mark ist es auch dem Genossen mit bescheidenem Einkommen ermöglicht sein Eifer zum Ausbau seiner Zeitung beizutragen.

Beitrittserklärungen für die Genossenschaft sowie Zeichnungen auf Anteilsscheine werden entgegen- genommen:

1. in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ Schiffbau- damm 10,
2. in allen Filialpostämtern der „Freiheit“,
3. in allen Bureaus der Unabhängigen Sozialdemo- kratischen Partei,
4. bei allen Bezirksleitern, besonders an Zahlabenden, und
5. überall dort, wo Werbeplakate zum Beitritt in die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ aushängen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Tretet bei! Werbet unermüdet! Helft mit am Aufbau unserer Presse.

entwicklung der englischen Gewerkschaftsbewegung auch durch den Krieg nicht unterbrochen wurde. Trotzdem aber die englische Ge- werkschaftsbewegung jetzt nahezu 5 Millionen Mitglieder zählt, bleibt sie aber noch um eine volle Million hinter der deutschen zurück.

Der Eid auf die Verfassung.

Im Anschluß an die jüngsten Erklärungen des Deutschenationalen Beamtenausschusses ist in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen worden, in welchem Ausmaße bewirkt die Vereidigung der Reichsbeamten festgehalten hat. Die amtlich mitgeteilt wird, ist die Vereidigung der Beamten in den Reichsgewaltabteilungen fast allgemein durchgeführt; auch in den nachgeordneten Dienststellen ist diese Vereidigung zum erheblichen Teil bereits erledigt. Weitere Vereidigungen finden Tag für Tag statt. Auch die Vereidi- gung der Truppen geht ununterbrochen voran.

Sozialistischer Jugendtag in Zürich.

TU. Zürich, 2. September.

Die deutsche sozialdemokratische Parteiorganisation gibt be- kannt, daß die für den internationalen sozialistischen Jugendtag am kommenden Sonntag geplanten Versammlungen unter freiem Himmel trotz des Verbotes der Polizei durchge- führt werden sollen. Der Regierungsrat des Kantons Thurgau hat für Sonntag alle Demonstrationen im gan- zen Gebiet des Kantons verboten.

Das Befähigungsrecht der Regierung.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die alte preussische Regierung hielt mit eiserner Energie an ihrem Befähigungsrecht fest. Sie sah in diesem Recht ein wichtiges politisches Machtmittel. Die neue sogenannte par- lamentarische Regierung hat wiederholt versichert, neue Befähigungs- einrichtungen zu wollen. Sie hat Gesetze eingebracht, welche die Selbstverwaltung der Kreise und Gemeinden zum Ziele hatte. Der Landrat soll nicht mehr politischer Beamter der Regierung sein, sondern es soll als Vertreter der Bevölkerung gelten und deshalb aus Wahlen hervorgehen. Das gleiche gilt für die Kreis- und Pfarrräte und die Stadträte.

Das alte Befähigungsrecht besteht deshalb nur noch dem Namen nach. Da alle Parteien haben in der preussischen Landes- versammlung bei den verschiedenen Gelegenheiten sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie mit diesem Befähigungsrecht aus- räumen werden und es sind der Regierung bereits sehr deutliche Vorbehalten gezeigt worden, als sie auf Umwegen dieses Recht er- neuert festlegen wollte. Die Landesversammlung hat beispiels- weise gelegentlich der Beratung des Gesetzes über die Kreis- schulinstitute die Vorbehalte der Regierung ge- rügt und ihr das Befähigungsrecht verweigert. Sie wird das zweifellos auch in Zukunft tun. Das zeigt die Regierung auch sehr genau. Sie weiß, daß sie in Wirk- lichkeit das Befähigungsrecht nicht mehr besitzt. Die letzten Ver- einbarungen in der „Freiheit“ über die Vereidigung der Be- fähigung der Wahl des Bürgermeisters von Kreis und des Land- rats in Schmalzden lassen verschiedene Schlüsse zu. Entweder macht die Regierung von dem Befähigungsrecht keinen Gebrauch mehr, dann würde sie den Wünschen der preussischen Landesver- sammlung entsprechen. Aber dann hätte sie auch die Pflicht, das auszusprechen. Oder aber sie will in der alten Weise weiter wirt- schaften, was wiederum dem im Ministerium des Innern her- schenden Geist widerspricht.

Bedenkt man sich in Folge in der Landesversammlung Ge- legenheit bieten aus Anlaß der letzten Fälle, die Frage des Be- fähigungsrechts der Regierung zu behandeln. Es ist heute schon klar, daß die Regierung sich dabei eine Schlappe holen wird. Ein recht sonderbares Vollzugsorgan, diese preussische, sogenannte parlamentarische Regierung.

Die Entziehung der Münchener Geiseln vor Gericht.

Am gestrigen Verhandlungstage waren die Münchener im Gerichtsgebäude außerordentlich verhärtet, mit Mühe ließ auf den im gestrigen Verdict bekannt gemachten Verdict, daß die Entziehung der Geiseln vor Gericht stand. Auch hat man sich ein weiteres Angeklagter einen Richter vor sich unterkommen. Die Sozialisten Münchens bekämpften sich in erhöhter Alarmbereitschaft und neben dem Gerichtsgebäude wurden der Bahnhof und die öffentlichen Gebäude Münchens als sonst bewacht. Von Seiten der Polizei, welche die Angeklagten zu bewachen haben, ist zu ihrer persönlichen Verteidigung ein Schützling abgeordnet worden.

Aus den einzelnen Zeugnisaussagen ist hervorgehoben die Angabe des Arbeiterführers Strauß aus Dachen, der erzählt, daß Seidl zu Beginn seiner Tätigkeit in der dortigen Fabrik in einer allgemeinen Arbeiterversammlung wurde gemacht habe, die ihn als einen Anhänger der Zentrumspartei kennzeichneten. Dieses bestätigte der Betriebsleiter Dehner aus Dachen, daß Seidl erst Gemeindevorstand und dann kommunist war. Dehner war ebenfalls verhaftet und zum Tode verurteilt, wurde aber im letzten Augenblick durch die Erklärung seiner Rechtfertigung gerettet, daß, wenn er nicht innerhalb zwei Stunden festgehalten sei, die Unterstadt in die Luft fliegen würde.

Der junge Rechtsanwalt Stangoni wurde mit Feind und Feind macht verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Hier er- klärte ihnen Seidl: „Wenn in der Nacht etwas passierte, würden zunächst die Geiseln „abgeholt“. Später erließen sie von einem Wochenspaß die rechtliche Verfügung, es sei doch ganz selbst- verständlich, daß die Geiseln umgebracht würden, wenn etwas passierte. Schlichthofer erklärte ihnen das gleiche. Stangoni und seine Frau wurden später vor das Revo- lutions-Tribunal gestellt und freigesprochen. Oberleutnant Prutz berichtete eingehend über seine und Baron Rosers Ver- handlung und ihre Behandlung durch Seidl. Dieser sagte sie mit „Gottanbe“ an und als Kaiser seine Ankündigung beauftragte, daß sie ihn Seidl und warf ihn an die Wand. Dabei fuhr Seidl er fortwährend mit einem Wochenspaß umher. Als Prutz sagte, er würde sich beim Revolutions-Tribunal beschweren, schrie Seidl: „Auf das Revolutions-Tribunal pfeife ich. Wie es stehen, wenn wir müde.“ Das alles sagte er, obwohl Baron Roser einen Schütz- ling des Revolutions-Tribunals vorzeigen konnte. Oberleutnant Baron Roser ergründete die Aussagen des Zeugen Prutz. Bei der weiteren Vernehmung dieses Zeugen kam es zu einem Zwischenfall. Der Zeuge Roser beschwerte sich darüber, daß ein Zeuge Jung im Zeugenszimmer zu ihm gesagt habe: „Geben Sie vorsichtig in Ihren Zeugnisaussagen, es können auch andere Tage kommen.“ Er werde für die Angeklagten Stim- mung gemacht. — Rechtsanwalt Sauter: Dann bitte ich, den Zeugen gleichfalls zu fragen, ob nicht auch ein Mann dazwischen war, der gegen die Angeklagten Stimmung gemacht hat. — Der Zeuge wußte davon nichts.

Der Unteroffizier Lautzaler sagte aus, daß Seidl etwa- mal erklärt habe: „Für jeden Mann, der bei uns durch Reichs- wehrtruppen verwundet wird, gehören zehn Mann weg.“ Die Zeugin Zeitner bestätigte, daß Oberleutnant Roser mit „Hund“ und „Lump“ angefahren, sie selbst „Weißbrot“ usw. titulierte und von Seidl niedergebaggelt worden wurde, als sie sich einen anderen Ton erlaubte. Die weiteren Zeugnisaussagen bestätigten die belästigenden Ausagen früherer Zeugen.

Die unmittelbare Verbindung Hamburg-Levants ist jetzt wieder ausgenommen. Als erster Dampfer ging der dänische Dampfer „Arnold Roerske“ mit Städtgutladung nach Beirut ab.

Der moralische Zusammenbruch der S. P. D.

Aus dem Inhalt haben wir hervorge-
Ein sozialdemokratischer Katholikentag — Der Friede und die verdorrte Hand — Die Gegner des Wahrheitsfimmels — Planlose Wirtschaft — Die Anbetung des Stimmzettels — Proletarische oder militärische Diktatur — Der Weg zur Einigkeit

24 Seiten Preis 50 Pf.

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhe, Theater am

1 Uhr: Wilhelm Tell.

Deutsches Theater

1 Uhr: Die Wupper.

Kammerpiele

1 Uhr: Der Weibstapel.

Röngritzer Straße

1 Uhr: Kameraden.

1 Uhr: Die tolle Komte.

Hammer-Theater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Lossing-Theater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Trianon-Theater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Rose-Theater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Residenz-Theater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Cosino-Theater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Großstadt-Pflanzen

1 Uhr: Die tolle Komte.

Berliner Prater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Ball.

1 Uhr: Die tolle Komte.

Wintergarten

1 Uhr: Die tolle Komte.

Welhalla-Theater

Täglich 7½ Uhr Das Gesetz.

Herrin du das Land, wo die Gärten stehen?

Mannus, Baldschloh in Schöneiche.

Tel.: Friedrichshagen 65.

Jeden Sonntag Tanz.

Film-Palast

Kammer-Älle

Belle Alliance-Str. 5 (Halleisches Tor)

Heute 6 Uhr

Eröffnung

Das Geheimnis

von Mayerling

Die Liebestraße des früheren Kronprinzen Rudolf von Oesterreich

Hauptrollen:

Thea Sandten

Rolf Randolf

Sämtliche Darsteller sind persönlich anwesend.

Residenz-Theater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Cosino-Theater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Großstadt-Pflanzen

1 Uhr: Die tolle Komte.

Berliner Prater

1 Uhr: Die tolle Komte.

Ball.

1 Uhr: Die tolle Komte.

Wintergarten

1 Uhr: Die tolle Komte.

Berliner Theater.

Gastspiel: Walter Bromme.

Täglich 7½ Uhr:

Die Dame im Grad

Musik von Walter Bromme.

Opernregisseur:

Via von Woodburg

Elise Wötcher

Richard Zenius

John Smith / Herbert Rier / Curt Bell

Kurtig Michael / Egon Groß.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Die tolle Komte

Gide Werner / Vail Birton.

Vielendorf-Zuid

Kaulsdorf-Zuid

In der Nähe v. Hpt. Badema

Herrliche Pelz- u. Plüschmäntel noch billig!!

ledigere

1a Pelzmantel 1250,- Plüsch- u. Astrachanmäntel 382,-

1500, 1800, 2400, 3300,- 450, 530, 650, 796,-

Flotte Ulster aus weichen, dicken Friedensqualitäten 185,-

225, 295, 380, 475,-

Kunstseldene Sportjacken, rosa, gold, hellblau, beste Qualität, jetzt 125,-

Jetzt sehr billig!!!

Imp. Seidenmäntel jetzt . 129,50 Pracht-Kostüme 146,-

148, 175, 210, 245,- 155, 168, 210, 270,-

Aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratsschein:

1a Mohairplüschmäntel 228,75 230,10 311,70

Flotte Stoffröcke . . 36, 54,- Seidenröcke 85, 119,-

Westmann

1. Geschäft: W 8, Mohrenstr. 37 a.

2. Geschäft: NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115.

Sonntags geschlossen!

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über Gemüse, Obst und Getreide vom 3. April 1917 (R. G. Bl. S. 307)

§ 1. Der Erzeugerhöchstpreis für Zwiebeln wird bis auf weiteres je Zentner auf 11 Mark festgesetzt.

§ 2. Diese Bekanntmachung tritt mit Beginn des 5. September 1919 in Kraft.

§ 3. Die Bekanntmachung vom 15. August 1919 (Reichsanzeiger 180 vom 21. August 1919) tritt mit dem gleichen Tage, soweit sie sich auf Zwiebelpreise bezieht, außer Kraft.

Reichsstelle für Gemüse und Obst, Der Vorsitzende, von Tillo.

Im Anschluß an den vorstehend veröffentlichten Erzeugerhöchstpreis hat die zuständige Preiskommission unter Anwendung der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst über die Gestaltung der Handelszuschläge festgestellten Grundzüge folgenden Groß- und Kleinhandelspreise festgelegt:

Zwiebeln: Großhandel, je Hund 10 Pfg.

Kleinhandel, je Hund 25 Pfg.

Die Groß- und Kleinhandelspreise treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 5. September 1919.

Regierung, Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung, Runge.

3. Nr. 1005, Gem. Rep. 19.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Bureau: Berlin S.O. 10, Rungestr. 20.

Telephon: Amt Norder 185, 1239, 1687, 9714.

Bodenleger und Bohrer

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Gesamtvertrauensmänner - Versammlung

Sonntag, den 8. September 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal.

Zugordnung: Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen.

Die Ortsverwaltung

Sonntag, den 7. September 1919, vormittags 9½ Uhr:

Berufshauptversammlung

Zugordnung: Stand der Tarifbewegung.

Die Aufhebung der Leder-Zwangswirtschaft und deren Folgen.

Von C. Vollmerhaus.

Der Vollmächtigter des Zentralverbandes der Schuhmacher.
Da in der Öffentlichkeit über die Preisgestaltung der Schuhwaren nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die widersprechendsten Auffassungen verbreitet sind, ist es nötig, die wahren Ursachen für die ungeheure Preissteigerung der Schuhwaren darzulegen.

Die Einfuhr von Rohhäuten betrug 1918 499 Millionen Mark, die Ausfuhr 110 Millionen Mark, die Einfuhr überstieg die Ausfuhr demnach um 379 Millionen Mark. Die Einfuhr von Leder betrug 71 Millionen Mark, die Ausfuhr 20 Millionen Mark; die Ausfuhr von Leder überstieg demnach die Einfuhr um 51 Millionen Mark.

Daraus ergibt sich, daß der größte Teil der eingeführten Rohhäute im Werte von 225 422 000 M. in Deutschland verbleibt und zu Leder verarbeitet wurde. Der Vorsitzende des Lederwarenausschusses, anfänglich Gegner der freien Wirtschaft, trat ebenfalls bald für die freie Wirtschaft ein; ihm schlossen sich an der Lederarbeiterverband mit seinem Zentralvorstandenden, die Gegner der freien Wirtschaft ständen das Handwerk, die kleinen Fabrikanten und die Vertreter der Schuharbeiter mit unserem Genossen Simon und das Reichswirtschaftsministerium da.

Die Beschlüsse der freien Wirtschaft bearbeiteten die Öffentlichkeit und die Behörden mit allen möglichen Presseberichten über günstige Einkaufsbedingungen im Ausland. Der Erfolg dieser Taktik trat mit dem Sturz des Reichswirtschaftsministers Wiffell bei. Sein Nachfolger Schmidt ist dann den nach Prof. Müllern Leder- und Schuhfabrikanten zu Hilfe geeilt. Nachdem der Hauptausführer der Nationalversammlung ebenfalls geneigt bearbeitet war und das Placatum dem Antrage seine Zustimmung gab, die Bezugspreise für Leder zu senken, geht es nun in die freie Wirtschaft hinein mit dem Ergebnis, daß die Preise der Rohhäute keine Senkung mehr erhält, aber durchweg die ehemaligen Lederhandelspreise bezahlen muß. Um aber noch einen Teil der Gewinne etwas schwachhaft zu machen, will man von dem Hauptausführer, der sich jetzt naturgemäß ergeben muß, 60 Proz. erwirken, um für die Rinderbeständen billigerer Schmalz zu beschaffen. Ueber die Erlassung dieser 60 Proz. des Konjunkturgesetzes wurde in einer Sitzung, die unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers stattfand, ein bedeutender Schmalzfabrikant in aufrichtiger Weise: „Meine Herren, diese Erlassung der 60 Proz. heißt ja nur Sand in die Augen der Öffentlichkeit streuen, als Beruhigungsmittel, denn die Erlassung der 60 Proz. ist praktisch unmöglich.“ Das ist der springende Punkt: Der Konjunkturgewinn!

Die Rinderbestände sollen aber nicht glauben, daß für sie nichts getan würde, denn man hat beim Reichswirtschaftsministerium beantragt, daß die Preise für die Übergangszeit festgesetzt werden. Das Unterleider ist von 18 Mark per kilo auf 26 Mark und darüber erhöht, in Wirklichkeit kostet es jetzt schon 28-30 Mark und darüber. Demnach würden, wenn es jetzt schon 28-30 Mark und darüber, die gewöhnlichen Straßendiesel 80 Mark kosten. In dem Antrag wurde aber schon ganz richtig bemerkt, daß die Saluta so schlecht stände, daß die eingeführten Stiefel auf 115 bis 125 Mark kommen würden. Dieser Preis stellt sich unserer Ansicht nach noch zu niedrig, da auch hier wie bei den Eisen und sonstigen frei erhältlichen Artikeln, die Nachfrage über dem Angebot steht und so die Preise weit über die oben berechneten steigen werden.

Ein Blick auf den Hundemarkt zeigt uns, wohin die Preise gehen. Das das Steigen der Rohhäute von 3 Mark bis auf 14 Mark das kilo (eine rohe Rindhaut kostet 700 Mark) gegenüber dem Friedenspreise von 70-80 Pf. auch einmal annehmen wird, ist ganz selbstverständlich, aber darauf kommt es nicht an, sondern auf die Senkung der Preise für Roh- sowie Fertigprodukte bis auf den Stand wie bei der Zwangswirtschaft herunterzuführen werden. Bis dahin wird sich noch mancher Proletarier durch nasse und kalte Füße den Schuppen und Lungenentzündung geholt haben. Doch der Reichswirtschaftsminister diesem gefährlichen Reichsminister seine Zustimmung gegeben hat, ist um so behaglicher, als jetzt die englische Schuhindustrie und Regierung den Zwischenhandel zur Verbilligung der Schuhe ausschaltet, die Produktion vermindert und ein Viertel der gesamten Produktion in mittlerer Güte als „National-Standard-Schuh“ der Bevölkerung zuzuführen löst.

Ein typisches Beispiel für die Preisgestaltung unter der freien Wirtschaft: Die für unsere heimischen Kriegsgewonnenen zu bezahlenden, aus Hind- oder Roh-Hor bestehenden durchgehenden oder genagelten — nicht auf den Rand gearbeiteten — Stiefel sind unter der Zwangswirtschaft im Preise von 48,50 M. hergestellt, jetzt wird ein Preis von 128 M. dafür verlangt. Wir sehen, daß der wüsternde Mehrerwerb eine der Hauptursachen der Rückkehr zur freien Wirtschaft ist. Die weitere Ursache war die Angst der Unternehmer vor der leichten Sozialisierungsmöglichkeit der gesamten Schuhindustrie, deren organisatorischer Aufbau durch die Zwangswirtschaft geschaffen wurde.

Kennlich hat sich die Schuhindustrie fast bis zur Völlendung entwickelt. Die einzige, aber mit Wichtigkeit zu überwindende Schwierigkeit liegt in der nicht allzu großen Beschäftigung in Kleinbetrieben, die aber wiederum in den einzelnen Schuhindustriestrukturen liegen, so daß sie leicht zu einem Großbetriebe vereinigt werden können. Da aber auch hier wie auf allen Gebieten der Sozialisierungsmöglichkeiten die Regierung unter dem Druck der Kapitalisten versagt hat, mußte sie auch konsequenterweise dem Verlangen nach freier Wirtschaft nachgeben. Die Bevölkerung wird sich also in der nächsten Zeit mit einem Preise von 120 bis 150 M. für ein Paar Stiefel abfinden haben.

In letzter Stunde scheint es der Regierung aber vor dieser katastrophalen Wirtschaft unheimlich zu werden. Sie will, unter Zustimmung der Fabrikanten, eine neue Art Zwangswirtschaft einführen, die dadurch errichten, daß zunächst aus den vorhandenen Bezugs- und Verkaufspreisen für die Rinderbestände billige Schuhe hergestellt werden sollen. Es soll ebenfalls auch eine Rücklage geschaffen werden für den Fall, daß nach dem Verbrauch der vorhandenen Lederbestände neues Material angeschafft werden muß.

Die „Woffische Zeitung“ schreibt zu dem Direktor, der seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft herrscht:
Es ist interessant, daß für die Rinderbestände, die sich aus dem massiven Übergang zum freien Handel auf dem Hund- und Ledermarkt ergeben haben, jetzt niemand die Verantwortung tragen will. In einer Abhandlung, die der Reichsverband deutscher Häute- und Fellhändler E. V. veröffentlicht, wird der Regierung ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie, entgegen den Wünschen der beteiligten Industrie...

auf die Festsetzung von Höchstpreisen bezogen hat. Der Arbeitsausschuß des Zentralausschusses der deutschen Lederindustrie, der aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zusammengesetzte „Selbstverwaltungskörper“, hatte Höchstpreise beschlossen und die Regierung dringend aufgefordert, diese Höchstpreise in ihre Verordnung aufzunehmen. Wäre die Regierung diesem Wunsche gefolgt, so wären nach der Auffassung der Fachkreise die unerwünschten Folgen des plötzlichen Überganges zum freien Handel vermieden worden. Die Behauptung, daß bei den Auktionen für Rechnung des Auslandes gekauft worden ist, wird von den Häute- und Fellhändlern entschieden bestritten.

Auf zum internationalen Jugendtag!

Die Freie Sozialistische Jugend Groß-Berlin erläßt folgenden Aufruf:

Genossen, Genossinnen, Kameraden, Freunde!

Die gesamte Proletarierjugend und das revolutionäre Proletariat Groß-Berlins rufen wir auf zur Weltumgebung des revolutionären Jungproletariats! Zum fünften Male bezieht die revolutionäre Jugend der Welt am 7. September ihren internationalen Jugendtag!

Dabei handelt es sich um kein Fest oder gar um einen internationalen Ausflug, sondern es gilt, eine gewaltige Massenbewegung der unterdrückten, ausgebeuteten und leidenden Proletarierjugend der ganzen Welt. Inmitten des lobenden Weltwahnsinns, gerade, als die Völkerverhetzung und Völkerverfleischung ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde der Gedanke dieses Tages geboren. Die internationale Jugendkonferenz in Bern (1915) beschloß zum erstenmal die Abhaltung eines internationalen Jugendtages. Kampf der internationalen Proletarierjugend sollte er sein! An diesem Tage sollte sie ihren unerschütterlichen Kampfwillen bekunden gegen den Kapitalismus, der so viel Jugendkraft durch sein Ausbeutungssystem zerstört, gegen bürgerliche Schule und bürgerliche Bildung, die den lebendigen Geist der Jugend in Fesseln schlägt, gegen Krieg und Militarismus, dem die Masse der Jugend geopfert wurde, der ihren Geist und ihre Seele mordete und ihnen jede Freiheit nahm. Vor allem sollte an diesem Tage die Proletarierjugend der ganzen Welt ihre unzerbrechliche Solidarität bekunden in diesem ihrem harten Kampf. Der Ruf und der Geist sind: „Nieder den Krieg und nieder die kapitalistischen Regierungen!“ war ihr Banner und Kampfruf.

Und der Ruf blieb nicht ungehört! Der Vorstoß der Jugend nahm in allen Ländern den Kampf auf, und beging den Jugendtag! War die Schär auch klein, der Geist war trotzig und lebendig! Sie hielt fest trotz aller Verfolgung! Während ging sie in die Gefängnisse, in die Zuchthäuser, auf Festung oder in Schloß, jedes Moment der Freiheit, jede noch so kleine Atempause benützend zur unermüdlichen Revolutionierung der Herzen und Hirne. Nicht umsonst war ihr Wirtel, denn die revolutionäre Gärung, die heute alle Länder durchzuckt, ist nicht zum geringsten Teile das Werk der revolutionären Jugend!

Was dann nach dem Zusammenbruch in Ost- und Mitteleuropa die Revolutionen entbrannten, da suchte die Jugend in erster Reihe die Welt der Welt ihrer Opfer im Ausland, Ungarn, Deutschland und Österreich, und allüberall. Viele ihrer Besten, ihre Scherz und Helden liegen erschlagen, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Haberkorn, Leo Rothstein und tausend andere. Namenlos aber die deutsche Jugend stand in allen Kämpfen bereit. Die herrschende Gegenrevolution ließ die Antwort nicht schuldig! Nach einer Zeit verhältnismäßiger Freiheit, die sich die revolutionäre proletarische Jugendbewegung, seit der Revolution errangen, jetzt nun wieder, wie im alten Polizeistaat Wilhelm des Vierten, eine wilde Gehe gegen die Jugend erg! Ihre Organe werden unterdrückt, ihre Versammlungen gesprengt, ihre tätigen Mitarbeiter verfolgt. An der elenden Lage der arbeitenden Jugend wurde in zehn Monaten nichts gebessert, im Gegenteil, die Schule vollends der Reaktion ausgeliefert. Der bisherige Vorsitzende der Zentralstelle für die Arbeiterjugend aber ist Reichspräsident!

Doch trotzdem und allem und nun erst recht muß unsere Parole heißen: „Auf zum Kampf!“ Junge Arbeiter und Arbeiterinnen, folgt diesem Ruf! Es gilt Euer Glück, Eure Freiheit, Eure Zukunft! An das revolutionäre Proletariat aber ergeht unser Ruf um Unterstützung. Bedenkt, die Jugend ist Euer Zukunft, Euer Erb, der Euer Werk fortsetzen wird und muß, und sie wird und will sein Stoßtrupp, Kampftrupp der Revolution. Darum alle auf zum Jugendtag!

Der Aufruf schließt mit der Parole:
„Nieder mit der kapitalistischen Ausbeutung der Jugend! Her mit dem Sechshunderttag! Nieder mit der kapitalistischen, her mit der kommunistischen, proletarischen Schule! Nieder mit dem Militarismus! Hoch die rote Garde! Nieder mit dem Kapitalismus! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe die dritte Internationale!“

Freie Sozialistische Jugend Groß-Berlin.

Aus der Partei.

Bezirksdelegiertentag in Oberschlesien.

Die Bezirksdelegierten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien treten am 7. September, nachmittags 2 Uhr in Giewitz zu einem ober-schlesischen Parteitag zusammen. Zur Besprechung kommen: Die politische Lage in Oberschlesien sowie die Gründung einer Druckerei-Genossenschaft nebst Herausgabe einer eigenen Parteizeitung.

Erfolge auf dem Lande.

In Strassburg (Niederrhein) fand am Sonnabend eine von den Rechtssozialisten einberufene Versammlung statt, die von ungefähr 400-500 Personen besucht war. Den Herren Dr. Caspari, Reußlin und Volkshausleiter Magnus-Frenglau entgegnete in 15minütiger Rede unser Genosse Conrad-Strassburg. Er rechnete so durchgreifend mit den Rechtssozialisten ab, daß eine von der U. S. V. eingebrachte Resolution, in der die Versammlung das Treiben der Scheidemannisten, in der die Versammlung das Treiben der Scheidemannisten entschieden verurteilt und sich auf den Boden der U. S. V. stellt, fast einstimmig zur Annahme gelangte. Man sieht, es bedarf nur der Aufklärung, um auch auf dem Lande unseren Ideen zum Durchbruch zu verhelfen.

Die soeben erschienene Nr. 89 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitung „Der Sozialist“ enthält folgende Rundfrage: Wiederaufbau der Internationale. c. von Otto Jensen; Ein Wort in die Klassenkampf der Partei; von Paul Selke; Die neue Erziehung, von Helene Antermit; Die Gründung der dritten Internationale.

Gewerkschaftliches.

Der Ausschluß Legiens aus der Gewerkschaft beantragt.

In der Generalversammlung der Holzarbeiter am Donnerstagabend machte Kollege Siegle zunächst Mitteilung, daß der Reichsrat zu einem gewissen Abschluß gelangt sei und ersuchte die Genehmigung der Versammlung, daß die Vertrauensmännerversammlung am kommenden Montag dazu Stellung nehme. Es wurde einstimmig beschlossen, die Teuerungszulage hingegen auch auf die Verbundangehörigen zu übertragen. Im Geschäftsbericht über das zweite Quartal ging Siegle besonders auf das Verhalten des früheren Vorsitzenden Glode ein, unter dessen Leitung der verfallene große Streik bereits so gut wie beschossen war, und der dann hinterher der neuen Verwaltung den Vorwurf machte, sie wolle unter allen Umständen den Streik herbeiführen. Nach längerer Aussprache wurde zum Ausgleich der durch den Streik entstandenen hohen Ausgaben ein Antrag der Ortsverwaltung angenommen, wonach von der Beitragsklasse I 20 Extramarken zu Heben sind. Für jede Arbeitslosen-, Kranken- oder Streikwoche kommt eine Marke in Abzug. Beitragsklassen II-VI zahlen die Hälfte. Die Abänderungsvorschläge der Verwaltung zur Geschäftszeit des Bureau und die Einführung eines Kassachefen wurden angenommen. Das Bezirksbureau Reußlin wird aufgehoben. Die Stellungnahme zu wichtigen politischen Fragen wird in das Reglement aufgenommen. Die vorgelegene Zusammenfassung der engeren und erweiterten Ortsverwaltung wurde genehmigt. Der Antrag gegen Legien und Dammmer das Ausschlussverfahren einzuleiten, wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Ueber den Antrag, den „Vormärz“ wieder zur Infektion zu benutzen, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Ein weiterer Antrag empfahl scharfes Vorgehen gegen alle Kollegen, die das Zwischenmeisteramt noch unterkäufen. Robert Schwesder wurde zum Redner gewählt.

Der Streit im chemischen Großhandel beendet.

Die Streikenden nahmen gestern Stellung zu den Ergebnissen der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium. Die Angestellten erklärten sich mit dem Ergebnis des Schiedsspruches einverstanden. Auch die Arbeiter stimmten den Vereinbarungen ihrer Gewerkschaftsleitung mit den Arbeitgebern und in den beiden fröhlich geliebten Punkten dem Ergebnis des Schiedsspruches zu. Gemeinsam wurde dann der Beschluß gefaßt, die Arbeit am Sonnabend früh wieder aufzunehmen, in der Voraussetzung, daß die Arbeitgeber auch den Schiedsspruch für die Angestellten anerkennen. Gegen drei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am Freitag, den 5. September, im Königsplatz-Kaffeehaus versammelten Angestellten stellen sich auf den Boden des gestellten Schiedsspruches und erwarten von den Arbeitgebern die Anerkennung desselben. Sollte das nicht geschehen, dann erwarten die Angestellten die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches durch die Behörden. Unter dieser Voraussetzung erklären die streikenden Angestellten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter und Angestellten erklären, daß sie bereit sind, sofort in den Streik wieder einzutreten, wenn die Arbeitgeber den Schiedsspruch für die Angestellten ablehnen.“

Die Streikenden haben dankbar Kenntnis genommen von der Unterstützung der am Streik nicht beteiligten Arbeiter und Angestellten. Es wird an die am Kampf nicht beteiligten Arbeitnehmer das Ersuchen gerichtet, in ihren Sammlungen fortzuführen, da infolge der langen Streikdauer das Bedürfnis besteht, die Streikenden trotz der Wiederaufnahme der Arbeit weiterhin zu unterstützen und einen Kampffonds anzuhäufeln, um gerüstet zu sein. Die Streikenden sind fest entschlossen, den Kampf wieder aufleben zu lassen, falls die Arbeitgeber dem Verlangen der Streikenden nicht stattgeben.

Musterstreik im Café Kerkau.

Im Café Kerkau streikten seit gestern die Musiker. Die Leitung des Musikerverbandes hatte mit dem Caféier, Herrn König, verhandelt, um ihn zur Anerkennung des mit dem Caféierverbande abgeschlossenen Tarifvertrages zu bewegen. Leider vergebens. Nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, hat die Leitung des Musikerverbandes die Musiker aus dem Betriebe herausgezogen und über das Lokal die Sperre verhängt.

Die Friseurgehilfen für das Räteystem.

In der letzten Mitgliederversammlung des Friseurgehilfenverbandes vom Donnerstag fand mit überwiegender Mehrheit die folgende Resolution Annahme: „Die Mitglieder des Friseur- und Haargewerbes, Zweigvereine Berlin und Vororte, stellen sich, nach den Ausführungen des Kollegen Rebel, auf den Boden des Räteystems und treten für die Sozialisierung ein.“ Die neuen von den Vertretern der Schlichtungskommission aufgestellten Revisionssätze werden Rat auf Rat bekannt. Derselben sollen in den nächsten Bezirksversammlungen zur Diskussion gestellt werden.

Die Arbeiterchaft der Kunstbrunnen-Arbeiter R. G. bekannte sich ebenfalls nach einem Vortrage des Kollegen Rüdike zum revolutionären Räteystem und protestierte einstimmig gegen das Vorgehen gegenüber dem Werkvertragsvertrag.

Eine Raat besuchte Wählerversammlung des 135. Arbeiterbezirks der Berliner Landstrasse verurteilte das Ausschließen des Arbeiterrats Ciberg (S. P. D.) aus dem Vollzugsrat, worauf dieser sein Amt niederlegte. Durch Annahme einer Resolution stellten sich die Versammelten auf den Boden der proletarischen Diktatur.

Der Streik in den Härbereits und Hem. Waschanhalten dauert noch immer fort. Es ist bisher nicht gelungen, die Arbeitgeber zu einer Einigung zu bewegen. Nachdem der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses von ihnen abgelehnt worden war, versuchte die Arbeiterchaft es erneut mit Verhandlungen in der Arbeitgemeinschaft, jedoch auch dort leider ohne Erfolg. Während der Schiedsspruch eine Lohnerhöhung von annähernd 50 Prozent versprach, wagten es die Unternehmer in der Arbeitgemeinschaft der Arbeiterchaft eine 33%prozentige Lohnerhöhung anzubieten, die in Anbetracht der sehr hohen Lohnen sehr niedrigen Löhne dieses Berufes von der Arbeiterchaft nicht angenommen werden konnten. Man denke, daß Löhne von 1,80 M. für Arbeiter, 1,80 M. für gelernte Härbere und 25-35 Pf. für Arbeiterinnen gezahlt wurden. Aber nicht alle Unternehmer zeigten so wenig Verständnis für die Lage ihrer Arbeiterchaft. Es sind Firmen zu verzeichnen, die dem Unternehmerverband nicht angehören, die die Forderung ihrer Arbeiter sehr wohl anerkennen und die gewöhnlichen Lohnforderungen bewilligt haben. Den Härbere wird dort ein Lohn von 150 M. bis 225 M. gezahlt, während die anderen Unternehmer einen Lohn für Härbere von 100 M. bis 120 M. für ausreißend halten. So hat die Firma Gehrung in Potsdam Verhandlungen mit ihrer Arbeiterchaft geschlossen und sie sich gunstigen der Arbeiterchaft ausgedrückt. Es sind dort

Feil Dienstag wieder gearbeitet. Eine andere Firma, die Firma...

Befehle Maßnahmen gegen die Kohlennot.

Die neuen Verfügungen des Kohlenverbandes in Berlin zur...

Man sieht also, wie sehr der Kohlenverband die erforderliche...

Ein weiteres Beispiel dafür ist die Ausbeutung der Gas...

Groß-Berlin.

Sturm im Neulöfner Stadtverordnetenparlament.

In einer erregten Szene kam es gestern Abend im Neulöfner...

Die Seife markenfrei.

Die reichsrechtlichen Bestimmungen über die Versorgung der...

Drei Mark für ein Liter Buttermilch.

Der Wirt auf der Havelinsel Linderberg verlangte dieser Tage...

Referenten-Kursus.

Heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, in der Bildungsschule, Schillerstr. 5.

Vor dem Grundstück des Verwalters S. H. W. je Rentner, bei...

Neuerungen im Postverkehr. Vom 1. Oktober ab wird das...

Lebensmittelverkäufer.

Berlin. Auf die C.I.-Kinder-Büchlein sind von heute ab...

Aus den Organisationen.

Winter Kreis. 7. Bezirk, 25. Abt. Mittwoch, den 10. Sept.

Dereinstatender.

Mu. 209, Spanbau. Meister, Vorarbeiter, Kassenverwalter...

Möbel Sonder-Angebote Schlafzimmer, Küchen, Wohnzimmer, Sofas, Einzelmöbel, Kluge, Karbidlampen

PELZ-Waren Einzelverkauf, Gelegenheitskäufe, Photo-Apparaten, Kressner, Kautabak

Auf Kredit und Barzahlung Möbel, Herren- u. Wohn-Zimmer, Schlaf u. Speisezimmer, Mod. Küchen, Konfektion, Kredithaus 'ANDERS'

Möbel gegen bar und auf Teilzahlung, Bärgerliche Wohnungseinrichtungen, Kassner, Möbel ohne Anzahlung, Barthel

Herrnkleidung, Julius Fabian, Möbel gegen bar und auf Teilzahlung, Beiser

Kupfer - Messing - Quecksilber, Dynamodröhre, Zigaretten, Ankleideschrank, Elektrische Leitungsdröhre, Borgwardt

4. Wahlkreis U. S. P. D., Elektromotoren, Botenfrauen